

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . 16—Kč, vierteljährlich 48—Kč, halbjährig . . . 96—Kč, ganzjährig . . . 192—Kč

Für Deutschösterreich monatlich 400—öK, für Deutschland 40—Mk.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

1. Jahrgang.

Freitag, 2. Dezember 1921.

Nr. 79.

Fehlender Mut zur Tat. Große Steuerdemonstration der Wiener Arbeitererschaft. Aus dem Budgetaus-schuß des Senats.

Mit einer fast periodischen Regelmäßigkeit lehren in den Zeitungen Erörterungen über die Frage der Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen wieder. Ihre Bescheidenheit ist keine große, sie hinterlassen jedesmal kaum die Spur eines Erfolges und die deutschen wie die tschechischen nationalistischen Blätter stellen mit vollster Uebereinstimmung fest, daß von einem Ausgleich keine Rede sein könne, da vorläufig, — wie das gräßliche Wort heißt, — die „Mentalität“ der Anderen für eine Verständigung nicht reif sei. Die Blätter beider Lager vereinigen sich jedesmal in der Ueberzeugung, daß vorerst eine Aenderung dieser „Mentalität“, ein Herinbruch der Einsicht und Vernunft abgewartet werden müsse, ehe der Hoffnung auf die Möglichkeit einer Verständigung Berechtigung zukommen könne.

Auch in der letzten Zeit flogen, diesmal in tschechischen Blättern, vereinzelte Friedenstauben auf, aber ihr Flug mit dem Schwanz im Schnabel war von kurzer Dauer, denn aus allen übrigen Redaktionen erhob sich sofort gegen den „unzeitgemäßen“ Friedensboten ein wütendes Maschinengewehrfeuer von nationalistischen Phrasen, an dem sich schließlich auch die Redaktionen zu beteiligen begannen, welche die Friedenstaube flattern lassen, und das länglich flatternde Tierchen war bald zur Strafe gebrochen. Jetzt herrscht wieder einmal so weit das Auge reicht, die einmütige Ueberzeugung vor, daß das Täubchen wegzuschleichen eine nationale Notwendigkeit war, daß sein Flugversuch, so schüchtern er auch sein mochte, nicht an der Zeit war, daß gewartet werden müsse, bis die Deutschen „sehend“ werden, da sie sonst jeden Versuch einer Verständigung, ja, jede Mahnung dazu, als Schwäche auslegen und nur noch dreister und begehrlicher werden würden. Wir kennen die Weise, wie kennen den Text und wir haben die Weise der Verfasser, — früher die deutschen, jetzt die tschechischen Chauvinisten, — oft genug vortragen gehört, als daß wir davon überrascht sein könnten.

Neben zwei anderen Blättern war es diesmal der „Cas“, der die Verständigungsfrage aufrollte. Er machte sich wohl nicht selbst mit der Frage Kopfschmerzen, sondern erteilte dem tschechischen Schriftsteller Alois Hajn das Wort. Alois Hajn hat nicht nur den Mut, zu erkennen, daß es an der Zeit sei, nach den Formen des Nebeneinanderlebens der Nationen zu suchen, er sagt auch den tschechischen Nationaldemokraten, die am geschäftigsten das Zustandekommen einer Verständigung zu verhindern suchen, derbe Wahrheiten. Das Echo, das Hajns Ausführungen in der tschechischen Presse finden, ist das altbekannte. Die meisten Blätter ergehen sich in heftigen Angriffen gegen ihn und sie wenden sich dagegen, daß Hajns Ratsschläge befolgt werden, denn wenn die Tschechen nur einen Augenblick aufhören würden, an die Gerechtigkeit ihrer Sache und ihres Sieges zu glauben, so wäre es nach der Ansicht ihrer Presse um sie geschehen. Ein Blatt wendet sogar ein, daß eine nationale Frage für die Tschechoslowakei überhaupt nicht existiere, was sogar dem „Venkov“ Veranlassung gibt, gegen diese Behauptung aufzutreten, indem er meint, die Behauptung erinnere an den irgendeinmal gefallenen Auspruch des einstigen österreichischen Ministerpräsidenten Windischgrätz: er kenne keine tschechische Frage. Aber dieser selbe „Venkov“ behauptet weiter unten, daß alle Deutschen die Hoffnung, ja den Glauben hätten, daß die Tschechoslowakei „dieser armseliger Staat, durch einen deutschen Krutritt auseinanderfallen werde“ und es kommt zu dem Schlusse, es wäre ver-

Wien, 1. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Heute früh haben die Arbeiter des größten Wiener Arbeiterbezirkes Floridsdorf spontan in allen Betrieben die Arbeit eingestellt als Protest gegen die ungeheure Teuerung, die namentlich in den letzten Tagen einerseits als Folge des Kurssturzes der österreichischen Krone und der Untätigkeit der Regierung gegenüber dem Treiben der Börse eingetroffen hat. Die Arbeiter wollten schon früh in die innere Stadt ziehen, um dort auf der Straße zu demonstrieren, wurden aber von den Vertrauensmännern zurückgehalten, die zunächst eine Versammlung der Betriebsräte und Arbeiter in das Floridsdorfer Arbeiterheim einberiefen. Dort wurde beschlossen, um ein Uhr einen geschlossenen Demonstrationzug über die Ringstraße zum Parlament zu veranstalten und durch eine Abordnung der Regierung ihre Forderungen bekanntzugeben. Diese Forderungen lauten:

- 1. Verwirklichung des sozialdemokratischen Finanzplanes, insbesondere die Einforderung der ausländischen Patente und die strikte Kontrolle des Devisenhandels; strenge Strafe für die Zuwiderhandelnden; 2. Anforderung alles Goldes, auch jenes der Kirchen und Klöster; 3. Neue Vermögenssteuer; 4. Verbot der Einfuhr aller Luxusartikel; 5. Geordneter Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse; 6. Sofortige Einführung der Kinderversicherung. — Es wurde auch ein Komitee gewählt, das über die weiteren Maßnahmen zu beraten hätte.

Die Nachricht von dem Beschlusse der Floridsdorfer Arbeiter hat sich rasch in den anderen Arbeiterbezirken verbreitet und als die Floridsdorfer Arbeiter gegen zwei Uhr beim Parlament ankamen, waren dort auch aus anderen Arbeiterbezirken große Züge von Arbeitern eingelangt. Unterwegs wurden übrigens von einzelnen Gruppen von Kommunisten und jungen Leuten schon in der Leopoldstadt, durch die der

hängnisvoll, das Wohlwollen der Deutschen mit irgendwelchem Entgegenkommen zu erkaufen, ehe sie nicht zu einer anderen Erkenntnis gekommen wären. Und der „Cas“, in dessen Spalten die Diskussion ihren Anfang genommen hatte, fühlt sich bemüht, selber den Weg nach Consoffa anzutreten, nennt uns, weil er im „Sozialdemokrat“ beiläufig ein Wort las, daß alle Nationen die gleichen Rechte haben müssen, „unverhüllt nationalistisch“ und müht sich an einigen, übrigens recht in Zweifel gestellten Aeußerungen deutschbürgerlicher Politiker den Nachweis zu liefern, daß die Deutschen im Namen der Demokratie — Privilegien fordern! Der Eifer des „Veweisens“, daß das Gleichheitsprinzip, wie es die Deutschen verstehen, eigentlich das Prinzip der Demokratie verleihe, verführt den „Cas“ sogar dazu, unserem Teplitzer Programm nicht nur dem Vorkaule, sondern auch dem Sinne nach, etwas zu unterlegen, was ein Kenner des Programmes vergeblich darin sucht.

„Venkov“, „Cas“ und alle anderen tschechischen Blätter huldigen, wenn auch ihre Sprache hier abgeändert klingt, dort nobiger ist, doch der gleichen Methode: der Mangel an Mut, Einsicht und gutem Willen läßt sie eisern „Gründe“ zusammentragen, die dazun sollen, daß die politische Ideologie und die seelische Verfassung der Deutschen „vorläufig“ keine geeignete Grundlage für die Anbahnung von Verständigungsverhandlungen bilde, weshalb gewartet werden müsse, bis die Deutschen zur Vernunft kommen und Ansprüche unterbreiten, die eine Diskussion ermöglichen. Es soll selbstredend

Floridsdorfer Zug ging, in den Geschäftshäusern und Kaffeehäusern Fensterscheiben eingeschlagen und Waren verschleppt. Während des ganzen Nachmittags zogen einzelne Gruppen von jungen Leuten durch die innere Stadt und durch die großen Straßen der äußeren Bezirke und schlugen in den großen Kaffeehäusern und den großen Hotels Fensterscheiben, in den Lebensmittelgeschäften die Arslagen ein. An einzelnen Stellen auf der Ringstraße drangen sie bis in den ersten Stock, warfen dort Einrichtungsgegenstände und was sie sonst noch fanden, auf die Straße und verschleppten auch verschiedene Waren. Die Polizei verhielt sich im Allgemeinen sowohl gegenüber der großen Demonstration als auch gegenüber den kleinen Ausschreitungen zurückhaltend und griff nur dort ein, wo es sich um offenkundigen Diebstahl handelte.

Am Nachmittag fand im sozialdemokratischen Klubsal im Abgeordnetenhaus eine Besprechung einer hiesigen Deputation der Arbeiter aus den größten Wiener Betrieben mit der Regierung statt, von der Bundeskanzler Schober und Finanzminister Dr. Gurtler erschienen waren. Sie schilderten die Lage und den Unmut der Arbeiterschaft und der ganzen Bevölkerung. Nach dem Bundeskanzler sprach der Finanzminister, der einige Forderungen der Arbeiter sofort akzeptierte, so eine sofortige Vermögensabgabe, Sicherung des Reallohnens, Einführung der Kinderversicherung, eine Steuer, die den Besitz, soweit er vorhanden ist, energisch erfaßt und eine Luxusabgabe.

Am späten Nachmittag und am Abend kam es wiederum zu Ausschreitungen, insbesondere zu Plünderungen. Abends fand eine gemeinsame Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion des Kreisarbeiterrates mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand statt. Dieser beschloß einen Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem die Aktion als vorläufig beendet angesehen wird. Die Ausschreitungen werden in dem Aufrufe verurteilt.

nicht geleugnet werden, daß es deutsche Nationalisten gibt, die mit gleichem Eifer wie ihre tschechischen Gegenüber an der Arbeit sind, alle Möglichkeiten des Ausgleichs zu verschütten. Wer sich darin gefällt, harnottiert nur für sich zu sehen, nur ihre Ansprüche zu hören und fürsorglich zu registrieren, der mag freilich auch gerne die Tatsache übersehen, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung doch noch anderen Sinnes ist, und daß selbst die letzten drei Jahre nationalistischen Siegerwahnes ihren Willen zur Verständigung nicht zu zerstören vermochten. Die Einsichtigen unter den Tschechen — sie sind leider noch sehr spärlich gesät — erheben gelegentlich schüchtern ihre Stimme und erklären, daß den Deutschen ein Recht auf die Mitbestimmung der Schicksale des Landes zugestanden werden könnte, doch auch ihnen fehlt der Mut, an die Sache heranzugehen, deren Lösung sie doch gerade jetzt als leichter ansehen müßten, ehe noch möglicherweise eine Verschiebung des Machtverhältnisses draußen in der Welt erfolgt, von der die tschechischen Nationalisten behaupten, sie bilde die oberste Hoffnung der Deutschen. An dem Bemühen, an vereinzelten Aussprüchen die „Begehrlichkeit der Deutschen“ herauszufreichen, brückt sich ebenso der Mangel an Mut aus, dem nationalen Problem näherzutreten, wie sich hinter dem Ruf nach Vorlegung eines „diskutablen“ und „konkreten Programmes“ durch die Deutschen die Aneignung verbirgt, durch Ausarbeitung eigener Vorschläge einen ersten Versuch zur endlichen Vereinigung der deutsch-tschechischen Frage zu unternehmen.

Gestern begann im Budgetausschuß des Senats die Debatte über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1922. Der Generalbericht, den der tschechisch-ögrarische Senator Horacek erstattete, ist vor allem in einer Hinsicht interessant. Horacek übte nämlich an dem Voranschlag nicht unbedeutliche Kritik, so daß es uns so sonderbarer erscheint, wenn er am Schlusse seines Berichtes davor warnte, immer nur Kritik zu üben, ohne etwas zu bessern. Wo ist denn sein verbessernder Plan? Wenn er vor Steuerreformexperimenten warnt, so fragen wir ihn, was er dagegen Besseres zu bieten weiß. Am wertvollsten von all den Reden, die in dieser Sitzung des Senats-Budgetausschusses gehalten wurden, war zweifellos die des Präsidenten des Obersten Kontrollamtes, Dr. Körner. Was Dr. Körner vorbrachte, wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört und es mag auch von der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden, daß hier ein Mann sprach, dessen Gewissenhaftigkeit die Verantwortlichkeit vor der Allgemeinheit respektiert. Dr. Körner scheint sich der schwierigen Situation, in der er sich als Leiter einer der wichtigsten Verwaltungsstellen befindet, bewußt zu sein und es ist nicht sein Verschulden, wenn ihm angesichts der Finanzwirtschaft, die er zu kontrollieren hat, etwas unbehaglich zu Mut wird. Ihm, dem Gewissenhaftesten, wird angestrichelt, da er den Widerstreit „zwischen den Interessen des Staates und den Interessen der Ordnung“ wahrnimmt, und wenn er aus diversen Rücksichten nicht einmal das Parlament als den Boden ansehen darf, auf dem alles ausgeglichen werden darf, kann man seine Bindungen verstehen. Aus wird mehr als ängstlich. Unsere Genossen im Budgetausschuß des Senats, Prof. Wiedowisch und Kehl haben es an Kritik und Verbesserungsvorschlägen zum Voranschlag nicht fehlen lassen — aber wir haben die Verhandlung in der ersten Kammer noch in zu guter Erinnerung, als daß wir uns von dem Kampf der deutschsozialdemokratischen Senatoren einen nennenswerten Erfolg versprechen könnten.

Die Deutschbürgerlichen haben sich in der gestrigen Sitzung selbstverständlich wieder ein paar bemerkenswerte Kuriositäten geleistet. Der Sozialdemokrat Zellinek konnte sich nicht zurückhalten, beim Kapitel, das vom Präsidenten der Republik (1) handelt, für die — Mietzinssteigerungen (2) zu plädieren. Von einer Steigerung der Mietzins um 200 Prozent verspricht er sich — so sagt er — eine Erhöhung der Bau-tätigkeit. Und dabei ist alles andere um das Fünfzehnfache gestiegen! Weil es Zellinek so will, werden eben die Bauenden ganz einfach die dreizehnhundert Prozent draufzahlen. Das glaubt wohl Zellinek selber nicht. Wenn aber ja, dann soll er uns sagen, wer anders als die Arbeiter und Festangestellten, als der „unbemittelte Mittelstand“, dessen Schutz Zellinek will, dabei seine Haut zu Markte tragen wird. — Als reine Demagogie ist es zu werten, wenn der Christlichsoziale Dr. Ledebour mit gespielter Entrüstung danach fragt, wer die Reife des Präsidenten nach Capri bezahlt hat. Sie sind ganz pföflich Demokraten geworden, die Herren Aristokraten, die noch vor drei Jahren dem alten Staat für ihre eigenen Bedürfnisse heraufgelockt haben, was nur immer von ihm zu haben war. Da sich der Präsident die Reife selber zohlte, sind unsere Sorgen um das Budget — gänzlich verschwunden.

Der Präsident des Budgetausschusses, Nizafek, eröffnete um 9 Uhr vormittags die Sitzung. Es wurde beschlossen, keine Generaldebatte abzuführen und sofort in die Einzeldebatte einzugehen. Vorher sprach noch Finanzminister Novak, der mitteilte, daß die Kosten der Mobilisierung 350

Millionen Kronen betragen. Dazu kommen aber noch die Bestellungen, welche antizipando auf Rechnung des Budgets für das Jahr 1922 erfolgt sind. Die Investitionen können nur durch Auslandskredite gedeckt werden, weil der einheimische Markt vollständig erschöpft ist.

Generalberichterstatter

Senator Boráček (tschech. Agr.) weist auf die riesige Vermehrung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahre hin, bemängelt das ungeheure Anwachsen der Steuern, warnt vor einer Steigerung der Mietzins und fragt an, wie viel die Staatskassen einbringen. Weiter erkundigt er sich nach der Beteiligung des Staates an privaten Unternehmungen. Bei der Besprechung der Staatsanleihen, von deren Erfolg bisher nichts bekannt wurde, macht der Berichterstatter die interessante Mitteilung, daß diese Papiere von den Banken zum Teil nur mit 80% bewertet werden. Der Berichterstatter urteilt ferner die Honorierung der Kriegskriegskonten, warnt vor Steuerreformexperimenten und schließt mit einem Tadel derjenigen, die immer nur Kritik üben, ohne zu verbessern.

Die Schwierigkeiten des Obersten Kontrollamtes.

Dr. Körner, der Präsident des Obersten Kontrollamtes, der hierauf die Aufgaben und die Schwierigkeiten dieses Amtes besprach, wies — was besonders festgehalten zu werden verdient — auf den „Widerstreit“ hin, der zwischen den Interessen des Staates und den Interessen der Ordnung besteht. Mit Rücksicht auf den auswärtigen Kredit kann nicht alles verlangt werden und ebendeshalb kann man auch vor dem Parlament, das ja die große Offenlichkeit darstellt, nicht offen mit allem hintreten. Daß die Rechnungsabläufe noch nicht vorliegen, sei nicht seine Schuld, sondern die der Administration, die ihre Pflichten nicht erfüllt und dem Kontrollamt die Rechnungsabläufe entweder nicht vorlegt, oder nur solche, die man meistens nicht brauchen könne. Ueber die Staatskassen könne die Kontrolle nicht geführt werden, da es keine Exekutive hat. Es ist zum Beispiel vorgelommen, daß das Kontrollamt vom Parlament eine Antwort verlangte, die mit der Begründung verweigert wurde, daß das Parlament nicht verpflichtet sei, dem Kontrollamt irgendwelche Auskünfte zu geben. Die Staatskassen haben fünf Quellen: 1. die Schulden nach dem alten Österreich (im Betrage von etwa 6 Milliarden), 2. die Anleihe (etwa 12 Milliarden), 3. die Schulden bei der österreichisch-ungarischen Bank und die Bahnanleihe (etwa 10 Milliarden), 4. die auswärtigen Schulden, u. zw. die amerikanischen 14 Milliarden, die französischen 100 Millionen, die italienischen 6 Millionen Lire und die englischen 420.000 Pfund. (Ein Teil der Schulden wird erst später bezahlt werden; da man nicht weiß, zu welchem Kurs, könne man diese Zahlen nicht in die Bilanz einsehen.) 5. die inneren Anleihen und die Anleihen bei den Banken. Dr. Körner stellt fest, daß das Kontrollamt keinen Einfluß auf den Staatsvoranschlag besitzt, entgegen dem Willen des Gesetzes über das Kontrollamt. Nach einer belanglosen Erwiderung des Finanzministers begann die

Spezialdebatten.

Der Sozialdemokrat Kellner stellte sich bei Besprechung des ersten Kapitels über den Präsidenten der Republik für die Mietzinssteigerung ein, durch die eine Steigerung der Bautätigkeit erreicht werden soll. Diese Erhöhung der Bautätigkeit verspricht er sich von einer Erhöhung der Mietzins um 20 Prozent. Der Christlich-sozialer Senator Ledebour bemängelt das Finanzgesetz, u. zw. vor allem die Ermächtigung des Staates, Staatsliegenschaften zu verkaufen. Er beklagt nämlich, daß diese Ermächtigung zu Zwecken der Internationalisierung verwendet werden wird. Er fragt weiter an, womit die Defizite bezahlt werden sind und wünscht bei Besprechung der Kapitel 1 und 2 eine Ergänzung bei den baulichen Herstellungskosten auf der Purg, fragt an, wo das Geschenk, das dem Präsidenten der Republik überreicht wurde, budgetiert ist, und wer die Reise des Präsidenten nach Capri bezahlt hat. Der deutsch-nationale Senator Friedrich bespricht die Kriegsanleihe, die Vermögensfrage, die Vermögensabgabe und den Artikel 3 des Finanzgesetzes.

Der Berichterstatter stellt fest, daß der Präsident sich die Reise nach Capri selbst bezahlt hat und weist auf das manöcherhafte Extrageld hin, das die Herrschaft Lana abwirft.

Von deutschsozialdemokratischer Seite wurden verschiedene Anfragen gestellt und unter anderem bemängelt, daß in der Kanzlei des Präsidenten im Verhältnis zur Hofhaltung im alten Österreich zu viele Beamte angestellt sind. Bezüglich des Kontrollamtes brachten unsere Genossen im Budgetausschuß des Senats den Antrag ein, daß die Rechnungsabläufe neun Monate vom Ende des Berichtsjahres an zu erlangen sind. Ferner stellten sie einen Antrag bezüglich des Nährtschen Landesausschusses und urteilten die Durchführung des angeregten Gesetzes betreffend die Vermehrung der Steuern in der böhmischen Landesverwaltungskommission.

Frankreich gegen ein Moratorium an Deutschland.

Paris, 1. Dezember. (Havas.) „Le Matin“ äußert sein Erstaunen darüber, daß von der Bewilligung eines dreijährigen Moratoriums für Deutschland zur Gesundung seiner Finanzen die Rede sein könne. Frankreich welches gegenüber Deutschland soviel Verschuldlichkeit an den Tag gelegt hat (!) gibt in vollem Maße zu, daß ein geeignetes Heilmittel zur Beseitigung der Krise der deutschen Mark gefunden werden muß und befreit auch, daß die geplante Reform das gesamte Mitteleuropa umfassen soll. Deshalb ist es bereit, sich an allen Verhandlungen zu beteiligen, welche dahin zielen würden, das Reparationsproblem mit den Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens in Einklang zu bringen. Niemals aber

könne Frankreich zulassen, daß irgend eine Finanzschiebung der Zahlungen ohne die erforderlichen Kompensationen erfolge.

Die militärischen Cautionen am Rhein.

England beantragt nicht ihre Aufhebung. London, 30. November. (Reuters.) Schwed in wohlunterrichteten Kreisen Londons bekannt ist, ist sein Vorschlag, an die Völkervereinigung gemacht worden, die militärischen Cautionen am Rhein aufzuheben. Es verlautet, daß die ganze Frage lange erörtert wurde, aber es ist noch kein Schritt seitens der Völkervereinigung unternommen worden.

Der Sturz der ausländischen Kurse in Berlin.

Berlin, 1. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Auf neuere Meldungen über Verhandlungen in London, die günstig für Deutschland verlaufen sollen, setzte sich heute an der Börse der Sturz der ausländischen Zahlungsmittel überaus schnell fort. Der Dollarkurs fiel von 240 auf 181, das englische Pfund von 975 auf 750, die tschechische Krone von 257 auf 200. Von dieser scharfen Abwärtsbewegung wurde naturgemäß auch der Effektenmarkt erfasst, dessen hohe Kurse sich bekanntlich in der Hauptsache auf den bisherigen hohen Dollarkurs stützten. Es kommt hinzu, daß augen-

blicklich eine große Geldknappheit besteht, die die Banken veranlaßt, ihre Kreditvermehrung nach Möglichkeit einzuschränken. Infolgedessen stand dem heutigen Rückschlag auf dem Wertpapiermarkt keine kräftige Gegenströmung gegenüber, sodaß die Kurse katastrophal nach unten gingen. Einzelne Papiere stiegen auf die Hälfte ihres Kurzes, so die Hamburg-Amerika-Aktie. Man befürchtet erste Kompensationen und Zusammenbrüche, zumal verschiedene kleine Banken am Devisenmarkt katastrophale Verluste erlitten haben.

Zum Kapitel Pensionen

Stellte der Referent fest, daß die präliminierten Ausgaben wesentlich niedriger sind als im Vorjahr. Senator Gencowitsch erhob die Forderung nach Verrückung des Unterschiedes zwischen Alt- und Neupensionisten. Durch die Mängel der laufenden Gesetzgebung werden sogar neue Kategorien von Alterspensionisten geschaffen. Es werden nämlich die Vorstände des Gesetzes in Bezug auf die Durchführung der Dienstjahre nur jenen zuteil, welche seit Eintritt der Rechtswirkung des Gesetzes in den Ruhestand versetzt wurden. Außer der völligen Gleichstellung der Alt- und Neupensionisten fordern wir daher eine Abänderung dieses Gesetzes, sodaß auch jene, die vor seiner Rechtswirkung pensioniert wurden, seiner Vorteile teilhaftig werden. Es ist aber auch zu bemängeln, daß das Gesetz über die Erhöhung der Pensionen bisher nur höchst mangelhaft durchgeführt wurde und daß bei einer wenig liberalen Auslegung der Bestimmungen dieses Gesetzes viele von den Vorteilen dieses Gesetzes ansatzlos bleiben. Die Regierung wird in einer Resolution aufgefordert, die untergeordneten Organe anzuweisen, bei der Durchführung des Gesetzes über die Pensionen in liberaler Weise vorzugehen.

Die Sitzung wurde um 7 Uhr abends geschlossen.

Inland.

Unser Parteitag gibt schon jetzt der „Bohemia“ Anlaß zu Betrachtungen. Nach der Meinung des genannten Tagesblattes ist der Vorschlag auch dazu äußern können, ob die deutsche Sozialdemokratie eine, wenn auch nur lose Front, mit den deutschbürgerlichen Parteien im Parlament bilden will. Unser Parteitag wird über diese Dinge gewiß sprechen, die politischen Verhältnisse des letzten Jahres werden einer eingehenden Erörterung unterzogen werden, im Mittelpunkt der Verhandlungen wird das Referat und die Debatte über die politische Situation stehen. Die „Bohemia“ wird dann Gelegenheit haben, die Stimmungen und Ansichten innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei kennen zu lernen. Wir wollen aber heute schon einiges davon sagen. Wie die „Bohemia“ ihr Verlangen nach der Einheitsfront motiviert. Sie behauptet, daß der Gegensatz zwischen Marxisten und Nichtmarxisten nicht größer sei, als zwischen den Anschauungen der Christlichsozialen und Antifaschisten, zwischen Stadt und Land, zwischen Antisemiten und Freisinnigen. Demgegenüber stellen wir nur fest, daß alle Gruppen, welche im deutschen parlamentarischen Verband vereinigt sind, einschließlich der Nationalsozialisten, auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen, während die deutschen Sozialdemokraten die Beseitigung dieser Wirtschaftsordnung und den Aufbau des Sozialismus erstreben. So trennt uns also von den bürgerlichen Parteien, mit denen wir den Klassenkampf zu führen haben, eine tiefe Kluft. — Wenn die „Bohemia“ uns, wie dies von deutschnationaler Seite schon so oft geschehen ist, die tschechische Sozialdemokratie als Muster dafür hinstellt, wie auch Sozialisten mit den bürgerlichen Parteien ihrer Nation in einer Linie marschieren können, so ist dies für uns kein Grund, unsere Haltung zu ändern. Die Spaltung im tschechischen Proletariat beweist, wie falsch und für den Sozialismus schäd-

lich die Politik der „nationalen Koalition“ ist und die Zukunft wird es noch mehr offenbar machen. Wir aber machen keine Politik bloß für die Gegenwart, sondern für die Zukunft. Zur übrigen Seite die „Bohemia“ auch einmal zur Abwechslung einen Appell zur Einigkeit an die bürgerlichen Parteien stellt, da die Parteien innerhalb des parlamentarischen Verbandes nach dem Zeugnis des Abgeordneten Dr. Schurz, „eine gleichartige Politik“ bezögen. Die Interessengegenläge innerhalb der Parteien der deutschen Bevölkerung lassen es, wie der Führer der deutschen Agrarier, Abgeordneter Krepel, jüngst ausführte, als einen Unsinns erklären, nach einer deutschen bürgerlichen Einheitspartei zu streben. Viel weniger noch als diese ist eine einheitliche politische Linie der deutschen Bevölkerung und der deutschen Arbeiterschaft möglich.

Stimmen aus dem „Nationalen“. In der letzten Sitzung des Budgetausschusses wurde der Antrag Faub angenommen, daß der Referent Sonntag binnen 14 Tagen Bericht über die im Abgeordnetenhaus entfallend der Budgetberatung eingebrachten Resolutionsanträge erstatten soll.

Tschechisch-polnische Verhandlungen. Mittwoch berieten in Kralau die tschechisch-polnischen Verhandlungen zum Zwecke der Regelung der Eisenbahnerverbindungen und des Post- und Postverkehrs in den Grenzstationen Barys und Tschsch. Die Konferenz, welche drei Tage dauern wird, findet unter Teilnahme von siebzehn Delegierten jeder der beiden Parteien statt.

Die Prager russische Sowjetdelegation vor der Abreise? Die „Tribuna“ will erfahren haben, daß vor der Unterzeichnung des tschechisch-russischen Handelsvertrages, über den im Parlament Ministerpräsident Dr. Beneš gesprochen hat, unvorhergesehene Hindernisse entstanden sind. Die Sowjetregierung ist mit dem freundschaftlichen Verhältnis der Prager Regierung zu Zarinkow und seine Genossen nicht zufrieden, die man nicht als bloße Emigranten betrachten könne. Die Sowjetregierung erblickt in Zarinkow einen der Führer der aktiven Antirevolution, die auf Prag die Fäden der tschechischen revolutionären Banden in Rußland leiten. Aus diesem Grunde erachte sie die tschechisch-polnische Aktion Zarinkows. Außerdem hält die Sowjetregierung den Passus des tschechisch-polnischen Vertrages, der über die wollewollende Neutralität im Falle des Krieges und die Lieferung von Waffen aus der tschechisch-polnischen Republik nach Polen im Falle eines Krieges Polens mit den Nachbarstaaten als einen offenen Akt gegen Rußland. Im Zusammenhang damit erwägt man in bolschewistischen Kreisen die Abreise der russischen Handelsdelegation mit Herrn Mostowenko an der Spitze aus Prag und die Unterbrechung sämtlicher Beziehungen der Sowjetregierung mit der tschechisch-polnischen Regierung. Es könne vorerst nicht genehmigt werden, bis zu welchem Maße diese beabsichtigte Abreise ernst gemeint ist und ob sie nicht eine bloße diplomatische Demonstration sein soll.

Ein Erfolg unserer Abgeordneten. Wie dem Abgeordneten Gencowitsch Schweichart mitgeteilt wurde, hat das Landwirtschaftsministerium durch Erfahrungen zehn Millionen Kronen reserviert, um damit jene Kleinbauern zu entschädigen, die durch die Raub- und Raubentwürfe größere Ver-

luste erlitten. Damit ist dem Drängen unserer Abgeordneten nach Unterfützung der betroffenen Kleinbauern und Gärtler wenigstens teilweise Rechnung getragen.

Das neue Jagdgesetz. Durch vorläufige Zeitungsnachrichten sind über das geplante neue Jagdgesetz falsche Gerüchte in Umlauf gekommen. Wie wir erfahren, wird der Entwurf, der zuerst einer engeren Kommission vorlag, und nun an die politische Landesversammlung, später vor ein größeres Forum gebracht, um die endgültige Fassung zu erhalten. Daher sind alle bisherigen Annahmen, insbesondere, daß das Gesetz schon am 1. Jänner 1922 in Kraft treten werde, irrig. Das eigentliche Gesetz ist von dem Wildes von Seite der bisherigen Jäger nicht in Umlauf.

Tages-Meinungen.

Salva und Fortschritt. Welch' funderbart blühen die Territorial-Aktiv der Entente treiben, zeigen die ergötlichen Zustände in Tschsch. Die gewaltige Valutadifferenz zwischen der tschechischen Krone und der polnischen Mark verursacht, daß man in Polnisch-Tschsch für ein paar Heller rasiert wird, während dies jenseits der Dissa, in Tschechisch-Tschsch, zwei Kronen kostet. Das nützen nun die zahlreich in Tschechisch-Tschsch wohnenden Eisenbahner aus, um mit Hilfe ihres Grenzpassierscheines ihre Partystoppeln billig los zu werden. Darob erhebt sich großer Lärm bei den tschechischen Reisenden in Tschechisch-Tschsch, die mit einer Besatzung zu der Arbeit dienstbereiten Besorger liefern. Nun erhielten die Grenzwachorgane von der Behörde den Auftrag, alle mit Passierscheinen nach Polnisch-Tschsch vordringenden Männern den Part zu kontrollieren und nachzusehen, ob sie etwa unrasiert hindüberehen und rasiert zurückkehren. In diesem Falle sind die Grenzwachorgane angewiesen, diesen Partpassieren die Passierscheine abzunehmen. Dieser Erfolg der tschechischen Freisere macht Schule. Von freist im Detail in Polnisch-Tschsch um 120 polnische Mark außerordentlich gut, was in tschechischem Gelde nur etwa drei Kronen ausmacht. Auch das wird von tschechischer Seite weidlich ausgenützt, weshalb, wie verlautet, auch die tschechischen Gastwirte eine Beschwerde einbringen wollen. Es kann den glücklichen Grenzbesucher daher noch passieren, daß sie sich neben der Partvisite, auch noch einer Bauchvisite werden unterziehen müssen.

Ein amtliches Dokument. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper hat an den Landesverwaltungsausschuß in Prag folgendes Schreiben gerichtet: „Die Bezirksverwaltungskommission in Nemes hatte in Nemes Einlage an den Landesverwaltungsausschuß auf die unzulängliche Ueberweisung von Gemeindefragen durch die Steuerämter hingewiesen. In der vom 19. Oktober 1921. Zahl 112756/III, datierten Antwort des Landesverwaltungsausschusses ist nun folgender Satz enthalten:

„Werden von der Bürgerschaft die Steuern nicht rechtzeitig gezahlt, was nach unseren Informationen besonders in den Bezirken mit einer deutschen Mehrheit der Bevölkerung nicht nur selten, sondern sozusagen die Regel ist — kann auch die monatliche Auszahlung (an Umlagen) keine bedeutende sein.“

Durch diesen Satz wird die gesamte deutsche Bevölkerung ohne Begründung verdächtigt und beschuldigt, daß sie die Steuerzahlung verweigere. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper sieht sich veranlaßt, diese in einem amtlichen Schreiben entfaltete ungegründete Verdächtigung schriftens zurückzuweisen. Es ist weiter nicht richtig, daß hauptsächlich in den unzulänglichen Steuerzahlungen der Kern des Uebels, nämlich der ungenügenden Zuschlagsüberweisungen an die Selbstverwaltungskörper liegt; vielmehr trägt die Verzögerung in der Vorschreibung der staatlichen Steuern die Hauptschuld daran, daß die Selbstverwaltungskörper nicht in der erforderlichen Höhe einkommen. Die Bemerkung der staatlichen Steuern ist meist auf Jahre hinaus rückständig. Solange die Neuverschreibung nicht erfolgt ist jede Erhebung der Gemeinde- und Bezirksumlagen vollkommen wirkungslos, da die Steuerzahler eben nur den der letzten Vorschreibung entsprechenden Betrag zu entrichten haben.

Vom Keinen Grenzverkehr. Aus Jägerndorf wird uns geschrieben: Seit Nahren pferren Jägerndorf Bewohner in das benachbarte preussische Tschsch und verbringen dort namentlich an schönen Sonntagen die wenigen Stunden ihrer freien Zeit. So wurde es vor und während dem Krieg gehalten und so wird es auch heute noch geübt. Der Bevölkerung wurde es zur Pflicht gemacht, sich in den Besitz des Ausweises für den kleinen Grenzverkehr zu bringen und auch das ist geschehen. Seit neuester Zeit ist nun die Grenzkontrolle an der Bleischwitzerstraße eine besonders strenge. Nicht etwa als Folge der

Allgemein durch den Markturg herbeigeführten Erscheinungen kann die hochnotwendige Untersuchung erklärt werden, sondern mehr dem Umstande sind die schlanischen Verhältnisse zuzuschreiben, die einige neue Grenzschichten mit ihrer „Tätigkeit“ begonnen haben. Allen Dienst vor notwendiger Pflichterfüllung, Dienst soll Dienst bleiben, aber auch unnütze Dufereien wird und darf sich die Bevölkerung nicht bieten lassen. Wir verrotten gar kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß in Weiskwitz „nichts zu holen“ ist und gerade deshalb, können die Sonntagspaziergänger mit einem anderen Stadtmesser „em“ werden, wie die Schmuggler, die nicht den Weg beim Balken vorüber nehmen werden. Es ist z. B. vorgekommen, daß Personen mit Reise pässe der Grenzübertritt verweigert wurde. Oder bis zu einer gewissen Stunde wurde ganz willkürlich die Entscheidung von den Grenzbeamten getroffen, wer über die Grenze gelassen wurde und plöglich wurde der Aufweis für den kleinen Grenzverkehr überhaupt nicht mehr verlangt. Man kann sich manche „Grenze“ auch die mitteleuropäischen Sitten nicht, brüllen herum und stürzen sich mit Gewalt auf ahnungslose Fußgänger, als ob sich die Strafe am Rande einer großen Straße befinden würde. Die „kleiner Grenzverkehr“ wird zur Qual und verbittert unnütze die Bevölkerung. Der Nachschlüssel aber ist damit herzlich schlecht gedient.

Gold, Silber- und Platinerde in Oberösterreich. Wie der Linzer „Zooökost“ aus Berg gemeldet wird, sollen Proben von Erde im Lindkog bei Berg auf ihre Metallhaltigkeit zu überraschenden Ergebnissen geführt haben. Eine Analyse soll bei 1000 g Erde 25 g Gold, 75 g Silber und 3 g Platin ergeben haben. Die schlechteste Probe habe 3 g Gold und etwas Silber ergeben. Es sollen bereits zwei Interessenten für ein großes Gebiet in der dortigen Gegend das Schürfrecht erworben haben, wo sie Erdbasenerien einrichten wollen.

Verhaftung des Prehnitzer Raubmörders. Im schlesischen Bärenstein wurde am Sonntag der sechzehnjährige Fleischereihilfe Görner verhaftet, welcher am 23. November in Prehnitz die Hausfrau Wirth ermordet und beraubt hat. Der Mörder wurde an das Amtsgericht in Annaberg (Sachsen) eingeliefert und hat dort den Mord bereits eingestanden. Angeblich hat ihn dazu der im Eisenwerk in Komolau in Arbeit stehende Chemann der Ermordeten gegen eine Belohnung von 1000 Kronen angestiftet. Görner wird nach Verhängung der gegen ihn wegen verschiedener in Sachsen begangener Vergehen verhängten Strafen an das Kreisgericht in Brüx ausgeliefert werden.

Entlassung eines österreichischen Ministers. Gehlen erklärte der Anstaltler Karl Miklowski auf dem Tillyobebühne die Anrede, daß er vor lieber Uhr ebenfalls auf der Straße zwischen Wilhelm und Zenoher einen unbekannten Mann angetroffen habe, der auf einem Baumstrichbrett zum zusammenschließen sah. Auf die Frage, warum er dort sei, erklärte der Unbekannte, daß er Geld und Postkarten verkaufen habe. Daraufhin ließ der Anstaltler den Mann in einen Baum; als er aber bemerkte, daß der Unbekannte Straßenschleier trage, verhandelte er hieron einen Geldmann, der im Zuge mitfuhr. Ehe die beiden zurückkehrten, hatte sich der Unbekannte ins Alois eingeschlossen und als der Geldmann verfuhr, die Tür gewaltsam zu öffnen sprang der Mann, nachdem er das Fenster zerbrochen hatte, während der Fahrt durch das Fenster aus dem Auto und flüchtete gegen Radeston. Auf dem Alster hatte er die Straßenschleier zurückgelassen. Der unbekannte Straßenschleier nach der Räuber Franz Schellin, der mit den Raubmördern Moritz und Peter aus der Bonkrater Straßenschleier entflohen ist. Er wurde

gestern Vormittag von Detektiv in der Bohndorferstraße in Arisch festgenommen, dem Gericht eingeliefert und einem Kreuzverhör unterzogen. Wobin seine Genossen entflohen sind, weiß Dabertin angeblich nicht.

Das Hungerelend in Rußland.

Moskau, 1. Dezember. (Tsch. P. B.) Infolge Mangels an Futtermitteln ist der Zustand des Viehs in den deutschen Wolgabiet hinfällig. Das Vieh muß, da es nicht gefüttert werden kann, geschlachtet werden. Dörfer mit tausend und mehr Einwohnern besitzen kein einziges Arbeitspferd. In anderen Dörfern sind die Pferde so schwach, daß man mit ihnen nicht einmal die Lebensmittel für die Dorfschaften aus der nächsten Kreisstadt, wohin sie mit der Eisenbahn gebracht wurden, abholen kann. Aus dem Gouvernement Jarzgin einlaufende Meldungen lauten täglich verzweifelter.

Englands Reparationsplan.

London, 1. Dezember. (Reuter.) Wie Reuter erzählt, ist man im Schamte noch immer mit der Frage der Reparationszahlungen Deutschlands beschäftigt und schald der jetzt der Erwägung unterliegende Plan, der ein Moratorium und einen dem Termenüberschne Schema ähnlichen Vorschlag einschließt, in endgültiger Fassung aufgesetzt und für die Beratung fertig ist, wird das Kabinett zusammengetreten, um den Vorschlag eingehend zu erörtern. Lloyd George nimmt an den Bemerkungen zur Herbeiführung einer befriedigenden Lösung der Schwierigkeiten regen Anteil, um, wenn es ihm möglich ist, ungefähr Mitte Dezember nach Washington zu reisen. Er hofft dann mit Harding zu verhandeln und ihm das Ergebnis der Erwägungen der Regierung und auch das Ergebnis der Besprechungen der letzten Tage in preisbarer Form vorlegen zu können. Wie verlautet, ist nur darum die Kabinetsentscheidung verschoben worden, weil gewisse Einzelheiten des Plans nicht fertig sind. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Lloyd George mit Rathenau zusammenzutreffen wird, obwohl der Ministerpräsident mit den Ansichten Rathenaus schon durch die Vermittlung des Schlichters Horne genügend bekannt geworden ist.

Rumänien für Karls Thron.

Ein Liebesdienst für die Magyaren. Bukarest, 30. November. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß über die Verstrickung der Nachfolgesachen zum Unterhalte des Kaisers Karl ein Einvernehmen notwendig sei, denn diese Staaten seien an der hinführenden Bewachung Karl interessiert und man könne von Romual nicht verlangen, daß es Opfer zu diesem Zwecke bringt.

Der Stand der französischen Armee.

Paris, 30. November. Nach dem Berichte des Generalsekretärs der Kammer wird Frankreich mit den Kolonien am 1. Jänner 1922 820.000 Mann unter Waffen haben. Nach der Entlassung des ersten Kontingents der Jahressklasse 1920 640.000 Mann, im Mai nach der Einberufung der ersten Hälfte der Rekruten 777.000 Mann. Ihre Anzahl stellt sich nach der Entlassung des restlichen Teiles der Jahressklasse 1920 zeitweise auf 661.000 Mann. Im November wird das Heer wieder die Stärke von 880.000 Mann erreichen.

Der russisch-türkische Vertrag.

Moskau, 1. Dezember. Wie aus Moskau berichtet wird, sandte die türkische Regierung in Angora dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Sorjatschinsk anlässlich des russisch-türkischen Abkommens eine Note,

worin die türkische Regierung erklärt, daß das Abkommen den in Moskau abgeschlossenen russisch-türkischen Vertrag in keiner Weise erschüttern könne, denn die Türkei könne niemals und mit niemanden ein Abkommen schließen, das der freundschaftlichen und herzlichen Politik schaden würde, die in den Verträge von Moskau und Kars vom russischen und türkischen Volke gutgeheißen worden sei.

Das Programm der rumänischen Regierung.

Bukarest, 1. Dezember. (Laurenzberg.) Die Regierung wird in den ersten Parlaments-sitzungen folgende Gesetzentwürfe vorlegen: Das Wahlgesetz, ein Gesetz über die Organisation des Unterrichts an Mittelschulen, über die Arbeiterversicherung, über die Ratifikation des Friedens von Sevres und das Donaustatut, das Gesetz über die Ratifizierung der Luftschiffahrtkonvention und des Handelsvertrags mit Polen und schließlich die den Ausschuh Beharabiens anerkennende Konvention mit den Vereinigten Staaten.

Die Ledeburger Abstimmung und die Befehung des Burenlandes.

Wien, 1. Dezember. Gegenüber der Meldung, daß die Ledeburger Abstimmung verschoben wird, erfahren die Abendblätter von maßgebender Seite, daß dies nicht richtig ist, die Abstimmung vielmehr unter der Voraussetzung, daß die Einkommen rechtzeitig fertiggestellt sind, Mitte Dezember stattfindet.

Wien, 1. Dezember. Amtlich wird gemeldet: Die zur vollständigen Bestimmung des südlichen Burenlandes noch notwendigen Sicherungsmassnahmen und Streifungen der Bundesstruppen sind in Durchführung.

Der „Wlaker D'Annunzio“ räumt Wilna.

Warschau, 1. Dezember. (Laurenzberg.) General Jelskowsk veröffentlicht ein Dekret, mit welchem er die oberste Gewalt im Wlaker Gebiete dem neuen Vorsitzenden der provisorischen Regierungskommission Alexander Weitzowicz überträgt. Durch dieses Dekret werden die Wahlen der Wlaker Vertreter in die Nationalversammlung auf den 8. Jänner festgesetzt.

Verzicht Beckens auf die Ministerpräsidentschaft?

Budapest, 1. Dezember. (MAB.) Graf Becken ist gestern nachmittags beim Reichsverweser erschienen und hat seine Designierung zurückgelegt. Die Entscheidung obliegt nun dem Reichsverweser.

Einsjähriger Militärdienst in Italien.

Vercelli, 1. Dezember. Der italienische Kammerauschuss für die Neuorganisation des Heeres hat sich endgültig für die einjährige Dienstzeit ausgesprochen. Denjenigen Rekruten, die den militärischen Vorunterricht besucht haben, wird die Dienstzeit um ein Vierteljahr verkürzt.

Vor einer Vereinfachung der Schantungfrage.

Paris, 1. Dezember. Die chinesische und die japanische Delegation haben die Vermittlung Wilsons und Ergbes in der Schantung- und Kiautschuanfrage angenommen.

Volksbewegung in Portugal?

Lisbon, 30. November. (Reuter.) Den Times zufolge, ist es mit Rücksicht auf die erste Lage in Portugal, wo sich der Volksbewegung in erheblichem Maße ausbreitet, nicht ausgeschlossen, daß eine Intervention der fremden

Mächte erfolgen wird. Eine beratige Intervention wird von Spanien und Italien anempfohlen.

Kleine Chronik.

Entlassung eines Gefängniswärters. Durch die Entlassung eines bestechlichen Gefängniswärters in Münster in Westfalen und seine Festnahme durch die Berliner Kriminalpolizei in Treptow ist ein von dem zum Tode verurteilten Bochumer Raubmörder gepanzerter Fluchtversuch in letzter Stunde vereitelt worden. Es handelt sich um die Verbrecher Anstalt und Heinz Genseler, Franz Seifing, Alex Klein und Wilhelm Müller, die am 24. August 1920 auf der Seeburger Eröhe zu Strafhaft in Westfalen einen Lohngeldwagen der Bede Ensther-Lippe überfielen, den Bureauvorsteher Friedrich, den Bureaubeamten Schminkel und den Richter Bruchmann erschossen und den Richter Koch durch einen Armschuss verletzten und dann mit dem Millionentransport verschwand. Der verhaftete Anstaltler ist ein 26 Jahre alter, aus Landshut in Schlesien stammender früherer Elektrotechniker Rudolf Salpau, der sich schon nach kurzer Zeit befreit hat und, wie für andere Gefangene, so auch für die Bochumer Raubmörder Kaffler in einer nur aus Strichen bestehenden Geheimchrift befreit. Salpau ließ sich von seiner Behörde beurlauben und fuhr zunächst zu der Mutter der Gebrüder Genseler, um sich durch Erpressung von 1000 M. Beweismittel zu verschaffen, und kam dann nach Berlin, um in Treptow-Baumgarten einen angeblich dort vergrabenen Schatz zu heben. Bei dem Verhafteten fanden die Beamten einen Kaffler, der aus einer Geheimchrift in Strichen und einer Skizze bestand. Salpau wollte zunächst nicht wissen, was diese Zeichen bedeuteten, und ließ erst ein Geständnis ab, als es der Kriminalpolizei mit vieler Mühe gelungen war, die Geheimchrift zu entziffern. Es ergab sich, daß es sich um eine Anweisung und eine Skizze zur Ermittlung des geraubten und vergrabenen Geldes handelte.

Griechische Ausgrabungen in Kleinasien. Die archaische Archäologische Gesellschaft sagt, wie die griechische „Glosses“ mitteilt, an drei Stellen Kleinasien's Grabstätten entdeckt: In Ephesos hat man den größten Teil einer unter Justinian erbauten Kirche ausgegraben, die über dem Grabe des Apostels Johannes errichtet ist. In Myssa hat man die östliche Säulenhalle des Marktes freigelegt, ebenso einen Teil des Stempelsgebäudes des Senates, wobei wichtige Inschriften entdeckt wurden. Endlich hat man bei Grabstätten von Klazomenoi eine Nekropole des sechsten Jahrhunderts vor Christus entdeckt, die verschiedene übereinander beigesetzte Schichten von Sarkophagen enthielt, zwischen denen eine große Anzahl von Skeleten lag. Die Sarkophage sind fast ohne Dekoration und gehören einer primitiven Kunst an. Durch Besichtigungen, die man in reicher Fülle fand, wird die Kenntnis der ionischen Keramik eine große Bereicherung erfahren.

Einzig, der sich emporkarbierte. London, 1. Dezember. (Laurenz.) Im Alter von 62 Jahren ist hier gestern Lord Mount Stephen, einer der reichsten Männer der Welt, gestorben. Stephens begann seine Laufbahn als Dier, später war er Lehrling in einem Tuchgeschäft und arbeitete sich so empor, daß er Gründer der londonischen Pacificbahn wurde.

Eintritt des Theaters in Prooffen. New York, 30. November. (Sobas.) Das neue Theatergebäude in Prooffen ist eingeweiht. Hierbei kamen etwa 25 Arbeiter ums Leben.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Auswärtsbewegung der Mark. Die gestrige Proger Börse stand völlig unter dem Eindruck der beinahe stürmischen Aufwärtsbewegung der Reichsmark. Offiziell gelangte sie bis zu 48, nachbörlich bis zu 52. In Berlin kam es zu einem starken Preissturz aller ausländischen Werte, insbesondere des künstlich hinaufgetriebenen Dollars. Vormittags notierten Dollars mit 207, zum Ende der Börsenzeit mit 185. Die tschechische Krone sank von 258 auf 208. All dies ist die Folge der steigenden Moratoriumshoffnung in Bezug auf die Reparationszahlung und die scheinbar günstig verlaufenen Besprechungen Stinnes und Rathenaus in London.

Beendigung des Gießerstreiks in Reuttscheim. Dienstag, den 29. November, fanden bei der politischen Bezirksverwaltung in Reuttscheim Verhandlungen zwischen dem Vertreter der Firma „Landwirtschastliche Maschinenfabrik A.-G.“ und den Vertretern der Arbeiter statt, bei denen es gelang, die Differenzen beizulegen, sodass am 30. v. M. die Arbeit bereits wieder aufgenommen werden konnte. Die Gießer haben einen zufriedenstellenden Teilerfolg zu verzeichnen. Der Konflikt hätte längst beigelegt sein können, wenn nicht die Hartnäckigkeit der Fabriksleitung eine Verhandlung unmöglich gemacht hätte, was von beiden Seiten mit großen materiellen Einbußen bezahlt werden mußte.

Die Teuerung in Deutschland. Das deutsche Reichskabinett beendete unter Teilnahme der Reichsbank seine Beratungen über die durch die Teuerung geschaffene Lage. In Erwägung der bereits bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Bekämpfung des Wunders wird den gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich eine Vorlage unterbreitet werden, welche die Veröffentlichung sämtlicher Verurteilungen wegen Schleichhandels und Preisverhöherung durch die Presse verbietet. Ferner beschloß das Kabinett, die bestehenden Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen.

Fenilleon.

Soziologie der Kunst.

Ueber dieses Thema sprach Mittwoch in der „Urania“ Karl August Wittfogel aus Leipzig. Aus seinen merkwürdig störenden Worten schloß das Feuer der jugendlichen Begeisterung und die Ueberzeugung, mit seinem Wissen und Fortschreiten neue, sorgenvolle Wege zu gehen, so warm und hell hervor, daß er viele unbekannte Hörer ganz in seinen Bann zog. Der seltene Kritiker muß aber nicht desto weniger feststellen, daß die allgemeinen Ausführungen des ersten Teils stellenweise weit über Ziel hinausschießen und daß der gesellschaftliche Hinweis eigentlich nicht der eigentliche neue Erkenntnis, ja kaum die eine oder andere neue Befundung bekannter Tatsachen brachte. Jeder Marxist muß mit Wittfogel in der Allgemeinheit gewordenen Ueberzeugung einig, daß alle Künste als Feuerungsformen des menschlichen Geistes die wirtschaftlichen Bedingungen einer Epoche zur unvermeidlichen Voraussetzung haben und daß sich die Vertriebe Schön und Häßlich, Gut und Böse usw. mit den Bedürfnissen und Wünschen der jeweils herrschenden Klasse gründlich geändert haben. Deshalb aber die bisherige Ästhetik und die „Soziologie der Kunst“ einander so als Spielerei und Wissenschaft gegenüber zu

stellen wie etwa Astrologie und Alchemie oder wie Alchimie und Chemie, heißt doch das Selbstbewußtsein des Menschens weit übertrieben und aus lauter Begeisterung für die eigene Methode übersehen, daß die jetzigen Zusammenhänge im Kunstproblem zwar eine entscheidend wichtige, aber doch nur eben eine Komponente derselben. In den Künsten gibt es noch andere, obgleich feststellbare Faktoren, den Rhythmus, die Harmonien der Töne, Farben und Formen, um nur Wichtigstes zu nennen und kein Gerechter wird leugnen, daß die bisherige Ästhetik nach all diesen Seiten hin exakt wissenschaftliche Beobachtungen gemacht und viele sichere Ergebnisse erzielt hat. Allt aber Wittfogels Verurteilung, die er nicht scharf genug umgrenzte, der Kunstgeschichte, so muß gesagt werden, daß schon längst vor ihm und der Schule, welcher er angehört, die Künste als eine von den verschiedenen Geschlechtern selbst unbewußt verfaßte Geschichte der Weltentwistung betrachtet wurden. Schon Tacitus hat die Kunst der Germanen aus ihren Liedern und Bräutchen nach rückwärts zu verfolgen versucht und die Reste der Vorzeit, Steinwerkzeuge, Gefäße, Häuser, Gräber usw. sind bereits Generationen von Gelehrten ein Buch gewesen, aus welchem sie die wirtschaftlichen Bedingungen und Einrichtungen, die politische und Gesellschaftsverfassung meisterlich abgelesen haben. Wenn Wittfogel also die Zustände der Urherde, die Revolutionen der Entdeckung des Feuers und

des Ackerbaues; Steinzeit und Mutterrecht im Zusammenhang mit künstlerischen Feuerungen so knapp und ausnahmslos umreißen konnte, so baute er auf den Säulen der historischen „Astrologen und Alchimisten“ auf und diese bitter Geschwätzten, Jakob Burckhard etwa, wußten auch schon die ökonomischen Voraussetzungen der Renaissance ganz gut zu bezeichnen und in ihren Auswirkungen darzustellen. Häßlich und original traten in der soziologischen Beleuchtung Gotik, Barock und Rokoko hervor. Die Eisen- und Steinzeit und der moderne Kapitalismus hingegen sind auch schon anderwärts als eng zusammengehörig erfaßt worden. Was Wittfogel und sein verstorbenen Lehrer Wittfogel wollen, ist, insofern es nebenher Geübtes bewußt zur Methode zusammenfaßt, namentlich von uns Sozialisten froh zu begrüßen, denn es gestattet urfer Weltbild nach einer weniger beachteten Seite hin freizulegen. Aber es wurde, nicht wenig für die Kunstgeschichte, eine regelrechte Gefahr bedeuten, wenn die Anhänger dieser Gießerstreikenden Richtung ihre Verfahren als das allein selbige machende betrachten und sich von der fruchtbareren Zusammenarbeit mit Gelehrten aus anderen Facetten zurückziehen wollen. An den Verdien, daß sie und da sanftlich einseitigen Worten Wittfogels schien sich diese Gefahr gesellschaftlich leise andeuten, ohne daß er als Erbh für den Verlust genug gundlerend Neues vorzubringen hatte.

